

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen: vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 18003

Anzerate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvordruck 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die künftige Nummer selbst 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21. Fernsprecher: 4598 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Erbitterte Kämpfe an der italienischen Front.

Ein serbischer Angriff in Mazedonien. — Kundgebungen gegen die Entente in Athen. Die neue Kriegskreditvorlage angekündigt.

Jahrestage des Weltkriegs.

21. Oktober 1915. Starke russische Angriffe in den See-Engen von Sabewa abgewiesen. — Westeres allgemeines Vordringen der Verbündeten in Serbien. — Allgemeiner Ansturm der Italiener nach Südtirolen. Artilleriefeuer.

22. Oktober 1915. Befestigung mehrerer Orte an der Nord-italienische Front durch russische Truppen; Landung russischer Truppen. — Der Übergang über die obere Drina erzwungen; die serbischen Stellungen am Kosmajberge und östlich der Morawa erobert, sie weichen zwischen Kasulicaberg, Slatinahöhe; die Bulgaren besetzen Ragovin und Zagliewo. — Die italienischen Angriffe dauern an.

Die neuesten Meldungen.

England und die Vereinigten Staaten.

New York, 20. Oktober. Amtspruch des Vertreters von W. T. W. (Versäter eingetroffen.) Ein Bericht der New York World aus Washington besagt: Ein hoher Regierungsbeamter hat die in den Zeitungen Lord Cecil zugeschriebene Äußerung als unmaßgebend gekennzeichnet, in der er ankündigte, England habe nicht die Absicht, von der Politik der Schwarzen Listen, der Blockade oder anderer Kriegsmassnahmen abzugehen, die den neutralen Handel behindern. Das Gefühl der Erbitterung über die unmaßgebliche Haltung Englands werde nicht gemildert durch die Erklärung Lord Ceils, daß der Gegenstandsvertrag über gleichartige Behandlung zwischen den Vereinigten Staaten und England während eines Krieges, in dem einer der Vertragschließenden verwickelt ist, keine Geltung habe. Diese Politik der „Papiersegen“ wurde als eine neuarartige Politik bezeichnet.

Die englische Presse über die Kriegslage.

Rotterdam, 20. Oktober. Nach dem Nieuwe Rotterdamischen Courant schreibt die Times in einem Leitartikel: Man muß allen ungeduldrigen Beobachtern empfehlen, sich zu erinnern, daß, je mehr die Jahreszeit vorrückt, das Wetter einen immer größeren Einfluß auf unsere Offensiven haben kann. Sie müssen zurückdenken und bedenken, was bereits alles erreicht worden ist. Da ich Chronicle schreibt in einem Leitartikel: Die jetzigen Kämpfe haben zum Teil den Charakter eines „Spure“, den alle Verbündeten in den paar Wochen vor Einbruch des Winters machen. Der Feind hat nur noch ein Aufmarschgebiet, nämlich Rumänien, und wenn unsere Verbündeten dort anhalten, bis der Schnee fällt, dürfen sie in Sicherheit sein. Unsere andern Bundesgenossen können hauptsächlich an den Hauptfronten in der West- und in Galizien vorrücken, aber auch für sie ist die Zeit kurz, ehe das schlechte Wetter wahrscheinlich dauernd wird. Dann ist es natürlich möglich, daß die Italiener auf dem Markt noch weitere Fortschritte machen. Im übrigen scheint die Kriegskarte für 1916 so ziemlich abgeschlossen zu sein.

Losgerissene Minen in der Nordsee.

Kopenhagen, 20. Oktober. (W. T. W.) Wie Politiken mitteilt, hat sich infolge des Sturmes der letzten Tage eine große Anzahl von Minen in der Nordsee losgerissen. Sie bedrohen die Schifffahrt an der jütischen Westküste. Ein dänisches Inspektionschiff ist abgegangen, um die Minen unschädlich zu machen.

Vor der amerikanischen Präsidentenwahl.

London, 20. Oktober. Die Times läßt sich aus Washington melden, die Präsidentschaftskandidaten verstärken ihre Tätigkeit, weil eine sehr zahlreiche Gruppe von Wählern sich vollständig apathisch verhalte. Wilsons Reise erweckt Begeisterung in Arbeiterkreisen und bei den kleinen Leuten. Beide Parteien konzentrierten ihre Bemühungen auf die Staaten des mittleren Westens am linken Ufer des Mississippi. Später werde wahrscheinlich der Staat New York Hauptkampfplatz werden. Dort in Ohio, Illinois und Indiana hätten Demokraten und Republikaner den Wahlkampf begonnen. Das einzige neue Element in der Lage sei, daß die Deutschen neuerdings geneigt zu sein schienen, für Wilson zu stimmen.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 20. Oktober befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Eine Schuld der Arbeitsgemeinschaft?

Die Reichstagsrede Scheidemanns vom 11. Oktober, sein Friedensangebot

Die Franzosen wissen nicht, daß sie die Befreiung ihres Landes und Belgiens heute schon haben können, ohne einen Tropfen Blut zu vergießen. . . Frankreich soll französisch, Belgien belgisch, Deutschland deutsch bleiben! Das ist die Grundlage, auf der der künftige Frieden geschlossen werden wird!

hat bei der Mehrheit der französischen Sozialisten die Aufnahme gefunden, die wir hier vor einer Woche in unserem Artikel „Ausgangskünfte“ der Nr. 280 vom 14. Oktober vorausgesagt haben. In diesem Artikel schrieben wir:

Auf das bürgerliche Ausland, auf die Regierungen und ihre Parteien können sie nicht wirken, weil ihnen die Begleichung des Reichstanzlers und seiner Reichstagsmehrheit, selbst, auf die Sozialisten dieser Länder können sie deshalb nicht den gewünschten Einfluß ausüben, weil sie vor her Laftasse stehen, daß die Fraktion, die Scheidemann vertritt, die Kriegspolitik der Regierung durch die und durch unterstützt, sobald auch aus der Rede des Reichstanzlers etwas ganz anderes herausgeholt werden kann als eine Zustimmung zu den Kriegszielektiven Scheidemanns.

So ist es gekommen. Die bürgerliche Presse Frankreichs benutzt den Umstand, daß die deutsche Regierung, daß die bürgerlichen Parteien sich zu den Worten Scheidemanns nicht geäußert haben, nicht etwa zu schämen, daß die deutschen Sozialisten mit diesem Angebot alleinstehen, sondern um vielmehr die Absichten der Sozialisten und der deutschen Regierung zu verdächtigen. So schrieb der Temps, das französische Regierungsblatt:

Am Mittwoch hat der Reichstanzler nicht gesprochen. Er hatte nicht nötig, zu sprechen. Was folgt, zeigt zur Genüge, daß sich der Kanzler nicht bloßstellen und die Reichsregierung nicht hinter irgendwelche Friedensvorschlüsse stellen will. Wenn die deutsche Regierung es für geboten hält, irgendwelche Vorschläge zu machen, dann wählt sie nicht die Reichstagstribüne als Weg dazu und benutzt andere Mittel. Aber die Reichstagstribüne und die Stimme eines sozialistischen Abgeordneten sind ihr gut genug, um die öffentliche Meinung zu erschauern, Rückschlüsse zu erwecken und besonders, Zwiespalt zwischen der Entente, als zwischen den Bürgern eines einzelnen Ententelandes zu erregen, um bei den Neutralen eine jener Meinungen hervorzurufen, auf die Deutschland immer rechnet, um die Gleichheit der Kräfte herzustellen, von der es weiß, daß sie sich zu seinen Ungunsten verändert. So steht das Mandat aus, an dessen Werkzeuge sich der Sozialist Scheidemann herangeseht hat. Man kennt dieses Mandat, das darin besteht, das Nagelwild durch Tiere derselben Art anzulocken. Die Methode hat bisher versagt. Unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts der Stimmung in allen Ländern wird sie jetzt weniger Erfolg haben, als jemals.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob der Temps bezw. die französische Regierung wirklich überzeugt sind von der Wahrheit der Beschuldigung, die sie erheben. Es ist möglich, daß sie die Zweideutigkeit, die mangelnde Fundierung des Scheidemannschen Angebots zum Vorwand nehmen, um einer genaueren Präzisierung ihres Friedenszieles auszuweichen, um den Krieg als angeblichen Verteidigungskrieg fortsetzen zu können, der sie nach ihrem innersten Wunsche zu Eroberungen führen soll. Jedenfalls hat man auf deutscher Seite ein solches Spiel durch die Atmosphäre der Zweideutigkeit und Zweifelhaftigkeit, die man um das Angebot wab, möglich gemacht. Die Antwort aus Frankreich ist ein schlagender Beweis für unsere immer erneute Forderung, daß der Reichstanzler, selbst daß der mit aller Autorität befehlende Leiter der deutschen Regierung sein Kriegsziel klar und unzweideutig bekanntgeben soll.

Nach gleichzeitig mit der Zurückweisung im französischen Regierungskomitee kommt die im Organ der französischen Sozialisten, d. h. ihrer herrschenden Mehrheit. In der Humanité veröffentlicht Pierre Renaudel einen Artikel „Beitrag euch!“, den wir wegen seiner Wichtigkeit hier in einer möglichst wortgetreuen Übersetzung wiedergeben:

Die französischen Zeitungen denunzieren mit Recht das von den Mehrheitspolitikern Scheidemann und David sichtlich im Einverständnis mit dem deutschen Reichstanzler verjuchte Mandat. Gleichwie der Kanzler, nachdem er am 1. August ohne Zögern die Neutralität Belgiens verlegt und im Namen seiner Meister den Welt-

brand entfesselt hat, seitdem den Ton gesenkt hat und in seiner letzten Rede selbst nicht mehr das Verdienst für sich in Anspruch nimmt, den Namen Belgiens die Freiheit zu bringen, so sagen uns heute Scheidemann und David, die das Geschick des deutschen Sozialismus an das des Kaiserreichs geknüpft haben, in einer ruhenden Art: Die Franzosen wissen nicht, daß Frankreich französisch bleiben, daß Belgien belgisch bleiben kann, usw.

Das Unglück ist, daß wir Scheidemann und David nicht mehr Vertrauen entgegenzubringen haben, als ihnen die Mitglieder der Arbeiterpartei der Arbeitsgemeinschaft im deutschen Sozialismus entgegenbringen.

Die deutschen Arbeiter haben auf der Reichstagskonferenz — auf die wir zurückkommen müssen, wenn wir so vollkommen wie möglich die Einzelheiten kennen — den Kaiserlichen sehr heftig ihre Minderheit gesagt, und daß selbst ihre gegenwärtige Haltung sie nicht täuschen könnte.

Die französischen Sozialisten werden nicht naiver sein und sich nicht leicht täuschen lassen wie die Sozialisten der deutschen Minorität in bezug auf Scheidemann und seinen Gleichen.

Die sozialistischen Franzosen wissen, daß sie das Versprechen Scheidemanns nicht nötig haben, um sicher zu sein, daß Belgien und Serbien in ihre volle wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit wieder eingesetzt werden.

Sie wissen, daß die Wiederherstellung der französischen Territorien geschehen wird, die seit zwei Jahren besetzt sind, auch die seit 41 Jahren besetzt sind, weil der Krieg von heute das Land erneuert hat, das 1871 durch den Vertrag von Frankfurt zerrissen wurde.

Die französischen Sozialisten haben nicht das Wort des Komvents vergessen, daß man nicht mit einem Feinde verhandelt, der das Gebiet besetzt hält. Denn die Pfänder, die er besitzt, erlauben ihm ein zu leichtes Spiel am grünen Tisch der Diplomaten.

Die französischen Sozialisten vergessen endlich nicht, daß wenn sie sich weigern, einer Handlung des Verteidigungskrieges in einem Krieg der Eroberung und der Annexierung zuzustimmen, sie entschlossen sind, von Deutschland die Garantien zu erlangen, die die Welt nötig hat, damit der Grenel nie wieder beginne.

Garantien! Man weiß, was wir, wir Sozialisten, darunter verstehen. Ohne Zweifel steht es auf unserer Seite nicht an Leuten, die das Heil nur in gefährlichen und weitgehenden Formeln der politischen Fehlvorstellung und der Fehlvorstellung Deutschlands sehen. Aber wir sind sicher, daß der wirkliche Geist des republikanischen Frankreich die Oberhand gewinnen wird. Ohne das Gewicht gewisser Phrasen zu überschätzen, die man genau definiert sehen muß, haben wir keinen Grund, uns über das zu freuen, was der Temps in seiner Ausgabe von gestern schreibt:

Wir wollen nicht, daß unsere Toten für nichts gestorben sind; wir wollen — viel mehr noch als territoriale Verichtigungen — die Sicherheit, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus außerstande sein wird, zu schaden. „Anstout“ hat Mr. Lloyd George gesagt: ernsthaft Garantien liefern, hat Mr. Kautsky gesagt, denen die französische sozialistische Partei durch das Organ der Humanité heute morgen selbst ihre heiße Zustimmung zollt.

„Viel mehr noch als territoriale Verichtigungen!“ Ohne Zweifel, das „viel mehr noch“ ist unvermeidlich denkbare; aber wir bemerken dabei nicht weniger, daß außerhalb der territorialen Fragen die ernsthaften Garantien“ zu suchen sind. Und wo wären sie, wenn nicht in den internationalen Verträgen, dem obligatorischen Schiedsgericht, der freien Selbstbestimmung der Völker, Punkte, über die Verpflichtungen von den Zentralmächten gegeben und respektiert werden müssen und selbstverständlich auch von den Alliierten, denn es ist ihre kombinierte Macht, die den Triumph des Rechts besiegeln wird.

So werden uns die Reden von Scheidemann und David nicht stören. Sie scheinen uns als das Resultat des Einverständnisses mit dem Kanzler in dem geschickten Mandat, das dieser entwickelt. Aber sie sind auch die Frucht des schweren Drucks, den die müde gewordene öffentliche Meinung ausübt, und die zu der Wahrheit führt, der Wahrheit des „Accuse“, die Wahrheit, die die Verantwortlichen an die Aehle laßt. Was würden ohne das die Worte Scheidemanns bedeuten, die das allgemeine Wahrecht überall verlangen, ein parlamentarische Regime, das das Volk in Wahrheit repräsentiert?

Und unsere Herrschenden bei uns? Welche Antwort: wollen sie geben? Noch einmal rufen wir ihnen aus ganzer Seele zu: Beieit euch! Beieit euch! Irigendwelche haben gesprochen. Aber sie haben nichtsdestoweniger, einem Wort des Ratin folgend, das Problem des Kriegsziels nur aus dem Bereich behandelt.

Was fürchten sie denn? Die Kräfte des Widerstandes, die Kampfstraß des Landes zu schwächen? Nein! nein! Solange ihr gerecht bleibt, habt ihr nichts zu befürchten.